

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Alteföhre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungskarte Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 182

Donnerstag, den 6. August 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Ein Gedenktag.

Unter dem Titel „Eine Erinnerung“ veröffentlicht die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ eine treffliche Schilderung des Freiburger Prozesses, die heute, wo der für die politischen Verhältnisse Deutschlands nicht minder typische Prozess gegen Auer und Genossen noch nicht rechtskräftig geworden, außerordentlich zeitgemäß ist.

Heute vor 10 Jahren, schreibt unser Dresdener Bruderorgan am 4. August 1886, wurde vom Landgericht in Freiberg in Sachen eines jener Urtheile gefällt, die in der Geschichte der Rechtsprechung unserer Tage nicht als ein Lichtblick empfunden werden. Die Reichstags-Abgeordneten Auer, Weber, Frohme, Viereck und Bollmar und der hessische Landtagsabgeordnete Ulrich-Offenbach wurden zu je 9 Monaten, Reichstags-Abgeordneter Diez und die Genossen Gastwirth Müller aus Darmstadt und Schneidermeister Heinzel aus Kiel zu je 6 Monaten Gefängnis verurtheilt, weil sie an einer geheimen Verbindung theilgenommen haben sollten, zu deren Zwecken oder Beschäftigung es gehöre, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften.

Der Prozess war ein Tendenzprozess, wie er im Buche steht, und es hatte außerordentlich Anstrengungen bedurft, ein Gericht zu finden, das sich zur Verurtheilung der Angeklagten bereit finden ließ. Wie eine Seeschlange hatte er sich seit 1880, also 6 Jahre lang, dahingeschleppt. Zuerst hatte man in Oberfeld versucht, die Anklage anzubringen. Das dortige Landgericht lehnte jedoch 1880 die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. 1883 lehnte die Staatsanwaltschaft in Kiel die Erhebung der Anklage ab. Dann wandte man (lies Bismärckische Polizei) sich an die Staatsanwaltschaft in Leipzig. Doch auch diese Behörde lehnte die Erhebung der Anklage wegen Mangels an Beweisen ab. Endlich kam man nach Genua. Hier wurde Anklage erhoben und auch vor Gericht verhandelt. Doch es wollte noch immer nicht glücken. Nach dreitägiger Verhandlung, und nachdem sich der Gerichtshof volle 8 Tage Zeit gelassen hatte zur Urtheilsverkündung, wurden alle neun Angeklagte freigesprochen. Jetzt wurde Revision eingereicht und das Reichsgericht trat in Aktion. Dieses fällte eine Entscheidung, durch welche die Angeklagten eigentlich schon verurtheilt waren. Er sprach den seitdem berühmt gewordenen Grundsatz aus, zu einer Verbindung bedürfe es nicht der ausdrücklichen Willenserklärung der Theilnehmer, sondern es genüge dazu „konkludente Handlungen“ (Handlungen, aus denen zu schließen ist). Das freisprechende Urtheil wurde aufgehoben und die Sache zur abermaligen Verhandlung an das Landgericht Freiberg zurückverwiesen. Am 26. Juli 1886 begann die Verhandlung. Sie dauerte wiederum 3 Tage und hier endlich wurde die langersehnte Verurtheilung erzielt.

Und die Thaten der Verurtheilten? Die Bismärckische Regierung hatte gefunden, daß das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie doch noch nicht völlig todgeschlagen hatte; sie lebte und gedieh, hatte Abgeordnete im Reichstage, in den Landtagen, hatte ein eigenes Organ im Zürcherischen Sozialdemokrat, verbreitete dieselbe sowie eine ganze Reihe Flugchriften, unterstützte ihre Gemahregelten und Ausgewiesenen, hielt sogar Kongresse ab in Wyden 1880 und in Kopenhagen 1883, und daher sollte sie nun durch einen Strafprozess, wobei man die Begriffe des gemeinen Rechts mit denen des Ausnahmevertrags bunt durcheinander mischte, endgültig todgeschlagen werden. Auf die hier genannten Handlungen der Partei stützte sich die Anklage. Es wurde auch von dem Vorhandensein von Vertrauenspersonen geredet, vom Ausschluß einzelner Reichstags-Abgeordneter aus der sozialdemokratischen Fraktion, dann von den Abstimmungen auf den Kongressen und ähnlichem. Alle diese Dinge, die den Angeklagten zur Last gelegt wurden, gaben sie ohne weiteres zu und konnten das auch, denn sie alle bewiesen bloß das Vorhandensein eines gewissen Zusammenhangs; irgend ein bestimmter Nachweis für das Vorhandensein einer formellen Verbindung, wie das Gesetz verlangt, wurde nicht erbracht.

Trotzdem gelangte das Gericht zur Verurtheilung.

Wir sind heute schon noch besseres gewöhnt worden und haben es längst verlernt, zu erstaunen über solche Urtheile. Damals machte das Freiburger Urtheil berechtigtes Aufsehen und der Prozess war auch infolgedessen von Interesse, als er gewissermaßen eine offizielle Anerkennung für den Mißerfolg des Sozialistengesetzes darstellte.

Das System Bismarck hatte die Genugthuung, die Angeklagten bestraft zu sehen. Die Unterdrückungspolitik begnügt sich mit solchen Augenblickserfolgen, die sie der rücksichtslosen Anwendung ihrer Gewaltmittel verdankt und die sie sich von Zeit zu Zeit immer wieder verschafft. Andere kann sie nicht erreichen. Wir können auf andere, dauernde Erfolge zurückblicken. Wir haben heute die Genugthuung, daß Bismarck bei Lebzeiten ein toter Mann ist. Sein Ausnahmegesetz ist als eine stumpfe Waffe in den Winkel geworfen. Die Sozialdemokratie aber steht aufrecht; sie hat sich seit dieser Zeit fast verdreifacht, ihre Organisation ist fester denn je, und wenn sich die Reaktion auch, unbekümmert um die Unzweckmäßigkeit und Nutzlosigkeit solcher Maßregeln, von Zeit zu Zeit wieder so einen Augenblickserfolg verschafft und wenn sie auch nicht verschmähen sollte, noch ein Ausnahmegesetz zu riskiren: Wir werden weiter aufrecht stehen und wir werden die bessere Genugthuung finden, daß auch diese Mittel uns nicht zu Grunde richten können, daß wir wachsen und gedeihen und auch über sie ebenso triumphiren werden, wie über Bismarck mit seinem Ausnahmegesetz und seinen Tendenzprozessen.

## Internationaler sozialistischer Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

London, 1. August 1896.

Aus der gestrigen Nachmittags-Sitzung sind die Debatten über die Kriegsfrage noch kurz zu skizziren. Der Berichterstatter, Reichstagsabgeordneter E. Wurm, hob hervor, daß die Kriegskommission ihre Arbeiten in sehr friedlicher Weise erledigt habe. Ein Antrag, den Generalstreik zu proklamiren, um den Krieg abzuschaffen, der von französischer Seite kam, wurde abgelehnt und die beiden Delegirten, die den Antrag vertreten, schlossen sich schließlich der Majorität an. Redner begründet eingehend den gestern mitgetheilten Wortlaut der Resolution. Die stehenden Heere geben gewissenlosen Säbelraßlern die Möglichkeit, sich die Vorbeertränze zu holen, von denen sie Tag und Nacht träumen mögen, die aber nicht die Vorbeertränze sind, die die Völker den wahrhaft Edelsten und Besten zuerkennen. Ueberall starrt die Welt in Waffen; die Arbeiterklasse muß die politische Macht erringen, um den Krieg endgültig zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Ein französischer anarchistischer Gewerkschaftler, Boicervoise erklärt sich gegen den Ersatz der stehenden Heere durch die Volksmiliz. Man könne an der Schweiz sehen, daß damit im Grunde nichts geändert werde. Redner empfiehlt die Anwendung revolutionärer Mittel. Die Sozialisten im französischen Parlament könnten bei dieser Gelegenheit hier einmal zeigen, ob sie wirklich revolutionär wären. (Lachen bei einem Theil der Franzosen und bei den Deutschen.)

Der Engländer Pancurat beantragt gleichfalls, die Forderung „Einführung der Volksbewaffnung“ zu streichen. Der Sozialismus bedeute den Frieden, also dürfe auch das Volk nicht bewaffnet sein, und alle Streitigkeiten müßten durch internationale Schiedsgerichte geschlichtet werden.

Der Engländer Sandbury tritt dem Vorredner entgegen. Das Volk müsse bewaffnet, nicht entwaffnet werden. Eine Miliz sei nie eine Gefahr für den Frieden. (Lebhafter Beifall.)

Das Amendement Boicervoise-Pancurat wird abgelehnt.

Die weitere Debatte führt zur Annahme eines Amendements von Belford Bay, wonach die Forderung 1 und 2 der Resolution nunmehr lautet:

- 1) Abschaffung der stehenden Heere in allen Ländern und Einführung der Volksbewaffnung;
- 2) Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtes usw.

Der übrige Text der Resolution wird nicht verändert und mit großer Majorität angenommen.

Dann vertagt sich der Kongress auf Sonnabend.

London, 2. August 1896.

Den Vorsitz führt Sigg (Schweiz); beigeordnet sind ihm Plechanoff (Rußland), Dr. Adler (Oesterreich) und van Kol (Holland).

Der Kongress nimmt durch Zuruf eine Resolution der bulgarischen Delegation an, wonach der Kongress den morgen in Sofia zusammentretenden dritten Nationalkongress der bulgarischen Sozialdemokratie seine herzlichsten Grüße und Glückwünsche sendet.

Ferner liegt eine Resolution der italienischen Delegation vor. Sie nimmt auf die traurigen Vorfälle in Zürich Bezug, wo es zu einem Zusammenstoß und Kampfe zwischen schweizerischen und italienischen Arbeitern gekommen und ein Schweizer dabei getödtet worden ist. Die italienische Delegation erklärt, daß so traurige Thatfachen nur die Folgen der großen wirtschaftlichen und moralischen Sklaverei sind, der die italienischen Arbeiter unterstehen (Lebh. Zustimmung), und die sie zwingt, Italien zu verlassen und ihren Brüdern im Auslande Schmutzkongress zu bereiten. (Lebh. Zustimmung.) Zu bekämpfen ist diese Erscheinung nur dadurch, daß unter den Ein- und Auswanderern überall eine lebhaftere Agitation für den Sozialismus entfaltet wird und die auswärtigen Arbeiter den Organisationen zugeführt werden.

Auch diese Resolution wird einmüthig angenommen. (Lebh. Beif.)

Zu dem interparlamentarischen Komitee soll jede Nation einen Delegirten entsenden; die Adressen sollen sobald als möglich an Baillant (Paris) gesandt werden.

Der Kongress beschließt, auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses die „Lage der Seeleute“ zu setzen und tritt in Tagesordnung ein. Zur Verhandlung gelangt Punkt 5: „Die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse“. Berichterstatter ist Wollenbühr.

Er beantragt:

I.

Der Kongress erklärt, daß die Arbeiter aller Nationen die Vergesellschaftung der Produktions-, Transport- und Vertheilungsmittel und die Organisation der Produktion unter demokratischer Kontrolle der ganzen Gesellschaft anzustreben habe, um so die Arbeiterklasse und das unterdrückte Volk überhaupt von der Herrschaft des Kapitals zu befreien.

Der Kongress ist ferner der Ansicht, daß die nationale und internationale Agitation in diesem Sinne jeden Tag nöthiger wird in Anbetracht des Wachstums der nationalen und internationalen Kartelle und Ringe, hinter welchen große kapitalistische Organisationen stehen und die die freie Konkurrenz unterdrücken. Petroleum, Garn, gewisse Mineralien, große Eisenwerke werden bereits von Kapitalistengruppen monopolisirt, die sich anmaßen, die Preise und die Löhne nach Belieben festzusetzen. Solche kapitalistische Riesenorganisationen können von den einzelnen Gewerkschaften oder durch vereinzelt politisches Vorgehen nicht mit Erfolg bekämpft werden. Umfassendere Organisationen der Arbeiter sind unerlässlich, um diesen großen Vereinigungen entgegenzutreten zu können. Der Kongress empfiehlt deshalb, daß die Länder, in welchen die Arbeiterparteien das Vorgehen der Trusts und Kartelle bereits planmäßig verfolgen, eine internationale Agentur schaffen, welche die Machinationen dieser kapitalistischen Verbindungen kontrolliren und auf die Vergesellschaftung dieser Unternehmungen vermittelst nationaler und internationaler Gesetzgebung hinarbeiten soll.

Anstatt dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, wird die zunehmende Reichthumsproduktion zur Ursache der nationalen und internationalen Krisen. Die Arbeiter werden auf die Straße geworfen durch die Gewalt der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sie bis jetzt nicht im Stande waren zu regeln. Die Nothwendigkeit, diesem chaotischen System durch Vergesellschaftung der Produktion ein Ende zu legen, wird in allen zivilisirten Ländern anerkannt. Die großen Kohlenminen, die großen Eisenwerke und chemischen Fabriken, die Eisenbahnen haben auch bereits einen Entwicklungsgrad erreicht, bei dem ihrer Vergesellschaftung keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

Der Kongress fordert deshalb die Arbeiter der Welt



auf, unverzüglich bestimmte Maßregeln zur Vergesellschaftung, Nationalisierung und Kommunalisierung der Produktion in ihren respektiven Ländern anzubahnen und einander über die gethanen Schritte zu informieren, um ein möglichst gleichmäßiges, internationales Vorgehen herbeizuführen.

## II.

Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist unerlässlich, um der wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitals zu trotzen und so die Lage der Arbeiter in der Gegenwart zu verbessern. Ohne Gewerkschaften keine auskömmlichen Löhne und keine verkürzte Arbeitszeit. Durch diesen Kampf wird aber die Ausbeutung nur gelindert, nicht beseitigt. Die Ausbeutung der Arbeiter kann nur ein Ende nehmen, wenn die Gesellschaft selbst Besitz ergriffen hat von den Produktionsmitteln, einschließlich des Grund und Bodens und der Verkehrsmittel. Das hat zur unerlässlichen Voraussetzung ein System gesetzgeberischer Maßnahmen. Um diese vollkommen durchzuführen, muß die Arbeiterklasse die ausschlaggebende politische Macht sein. Sie wird aber zur politischen Macht nur in dem Maße, wie sie organisiert ist. Die Gewerkschaften machen die Arbeiterklasse schon deshalb zur politischen Macht, weil sie die Arbeiter organisieren.

Die Organisation der Arbeiterklasse ist unvollständig und unzureichend, wenn sie nur politisch ist.

Aber der gewerkschaftliche Kampf erfordert auch die politische Bethätigung der Arbeiterklasse. Was die Arbeiter im freien Kampf gegen ihre Ausbeuter erringen, müssen sie oft erst als politische Macht gesetzgeberisch festlegen, um es zu sichern. In anderen Fällen macht die gesetzgeberische Errungenschaft den gewerkschaftlichen Konflikt überflüssig.

Ein internationales Zusammenwirken der Arbeiterklasse in Bezug auf den gewerkschaftlichen Kampf, wie besonders auch in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung wird desto mehr zur Nothwendigkeit, je mehr der wirtschaftliche Zusammenhang des kapitalistischen Weltmarktes und damit zugleich die Konflikte der nationalen Industrien sich entwickeln.

Für die nächste Zeit ist ein internationales Vorgehen des Proletariats nach folgenden Richtungen notwendig:

1) Abschaffung der Zölle, Verbrauchssteuern und Ausfuhrprämien;

2) Durchführung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Indem der Kongreß in letzter Beziehung die Beschlüsse des Pariser Kongresses \*) wiederholt, empfiehlt er, die nächste Agitation hauptsächlich zu konzentrieren auf:

a) den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu erringen;

b) das Schwitzsystem zu beseitigen und für die Arbeiter der Hausindustrie einen wirksamen Arbeiterschutz zu schaffen!

c) ein vollständig freies Vereins- und Versammlungsrecht für beide Geschlechter herbeizuführen.

Um dieses durchzuführen ist ein Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Bethätigung notwendig.

Deshalb erklärt der Kongreß anschließend an die gleichen Beschlüsse des Brüsseler und Züricher Kongresses, die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften für ein dringendes Erforderniß im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse und betrachtet es als Pflicht aller Arbeiter, welche die Befreiung der Arbeit von dem Joch des Kapitalismus anstreben, der für ihren Beruf bestehenden Gewerkschaft anzugehören.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen, um eine wirksame Aktion zu ermöglichen, sich in Verbänden, die sich auf das ganze Land erstrecken, zusammenschließen und ist jede Zersplitterung der Kräfte in Sonderorganisationen zu vermeiden. Die politische Anschauung darf keinen trennenden Grund im wirtschaftlichen Kampfe bilden, es ist aber aus dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes sich ergebende Pflicht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten heranzubilden. Es muß als eine Pflicht der Gewerkschaften angesehen werden, die im Beruf beschäftigten Frauen als Mitglieder aufzunehmen und gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung für Männer und Frauen anzustreben.

Neben dem Kampf für besseren Lohn und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften die Ausführung der Arbeiterschutzgesetze zu überwachen, die Beseitigung gesundheitschädlicher Betriebsformen, des Schwitz- und Truchsystems zu erstreben.

Der Kongreß hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben.

\*) Die Pariser Beschlüsse fordern eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, in welcher folgende Forderungen zum Gesetz erhoben werden sollen:

- 1) Der achtstündige Normalarbeitstag;
- 2) Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen, von 14—18 Jahren, auf 6 Stunden täglich;
- 3) Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
- 4) Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben;
- 5) Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;
- 6) Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche;
- 7) Verbot solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädigen sind;
- 8) Aufhebung des Truchsystems;
- 9) Eine alle Betriebe, einschließlich der Hausindustrie umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

Das nächste Erforderniß ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.

Um eine einheitliche internationale gewerkschaftliche Aktion zu ermöglichen, ist in jedem Lande ein gewerkschaftliches Zentralkomitee einzusetzen. Diese Komitees sollen nach Möglichkeit Statistiken über den Arbeitsmarkt führen und diese sowie die regelmäßigen Berichte gegenseitig austauschen und alle im Lande vorkommenden wichtigen Vorgänge gegenseitig melden.

Besonders wird den Gewerkschaften aller Länder zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß vom Auslande kommende Arbeiter Mitglieder der Landesorganisation werden und daß diese Arbeiter nicht zu geringeren Löhnen arbeiten als die einheimischen.

Bei Streiks, Lock-outs und Boykotts sind die Gewerkschaften aller Länder verpflichtet, sich gegenseitig nach Kräften zu unterstützen.

## III.

Die ökonomische Entwicklung ist gegenwärtig schon so weit vorgeschritten, daß eine Krise bald eintreten kann. Der Kongreß fordert daher die Arbeiter aller Länder auf, die Leitung der Produktion zu lernen, um als klassenbewußte Arbeiter die Leitung der Produktion zum Wohle der Gesamtheit übernehmen zu können. (Fortsetzung in der Beilage)

## Politische Mundschau.

### Deutschland.

Der „starke Tropfen sozialdemokratischen Deles“, womit nach dem Worte Uhländ's jede deutsche Reichsversammlung getauft sein müßte, und es nach dem Klageruf der „Norddeutschen Allgemeinen“ auch ist, hat nicht nur das allgemeine Wahlrecht geschaffen und die Arbeiter revolutionirt und der Sozialdemokratie in die Arme getrieben, sondern auch nach dem Ausspruch jenes Blattes, das sich auch heute noch als „offiziös“ ausspielt, die konservative Partei korrumpirt. Das „gleiche Wahlrecht“ hat diese Partei dahin getrieben, selbst auf die Unzufriedenheit der Masse zu spekulieren und ihr „blauen Dunst“ vorzumachen, statt es als ihre „erste und vornehmste“ Aufgabe zu erkennen, „jede Autorität zu pflegen und zu stärken“. Dies könne der konservativen Partei am allerwenigsten frommen und sie hat auch, wie die letzten Wahlen zeigen, wenig Glück damit gehabt. Es wäre wunderbar, wenn diese Partei, von der ein Hauptführer derselben einst behauptete, ihre Mitglieder seien entweder Dänen von Geburt oder Dänen aus Prinzip, mit ihrer plumpen Agitation dauernden Erfolg haben sollte. Freilich hätte die „Offiziöse“ mit diesen lehrreichen Betrachtungen kommen sollen, als sie selbst noch mit sozialpolitischen Phrasen, mit Schutzzöllen und mit Liebesgaben fischen ging.

Freiherr von Stumm hat entsprechend seinem Appell an die kirchlichen Oberbehörden Beschwerde über die Geistlichkeit im Saarrevier bei dem Koblenzer Konsistorium erhoben. In der „Köln. Ztg.“ sagt Freiherr v. Stumm selbst darüber:

„Ich habe mich endlich bei dem königl. Konsistorium nicht über die Broschüre selbst beschwert, sondern nur über die fünfzehn einzelnen nachgewiesenen Unwahrheiten und Entstellungen, welche darin enthalten sind.“

Es ist also eine amtliche Stelle jetzt zum Urtheil über die Vorgänge berufen, der man vertrauen darf, daß sie das Recht gerade in diesem viel erörtertem Falle nach allen Seiten auf das Gewissenhafteste überlegen wird. Es wäre besser gewesen, wenn Freiherr von Stumm das gethan hätte, ohne daß er sich erst zu jener weithin verlegenden Kundgebung in der „Saar- und Bies-Ztg.“ über das „Pamphlet“ hätte hinreißen lassen. Man darf nun auf die 15 Punkte gespannt sein, die angeblich Unwahrheiten sein sollen.

Das Bernsteinmonopol der Herren Stantien und Becker war Gegenstand des 15. deutschen Drechslertages. Ueber dasselbe äußerte sich Obermeister Wegener u. a. folgendermaßen:

„Befremden mußte es erregen, daß die Regierung um einer jährlichen Pacht von 6—7000 Mk. willen einer einzelnen Firma ein derartiges Monopol verleihen konnte, das eine ganze Industrie dieser Firma auf Gnade und Ungnade preisgegeben. Der Vertrag sei nun zum nächsten Jahre gekündigt, und der Drechslerstag habe deshalb die Frage zu erörtern, ob es nicht zweckmäßig sei, die Bernstein-Baggerei durch Bildung eines Konsortiums selbst in die Hand zu nehmen. Dieser Vorschlag wurde von mehreren Delegirten, insbesondere von dem Delegirten für Hamburg, Obermeister Menzel, für kaum ausführbar erachtet, da der Betrieb, falls er sich lohnend gestalten sollte, mehrere Millionen Mark Anlagekapital erfordern würde, die schwerlich in Handwerkerkreisen aufzubringen wären. Ein Konsortium aus den Kreisen der Geldmänner könnte es aber ebenso machen, wie die Firma Stantien u. Becker. Herr Menzel empfahl als das Beste, bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß sie die Bernsteinengewinnung in Staatsbetrieb übernehmen möchte. Nachdem Obermeister Wegener mitgetheilt hatte, daß die Firma Stantien u. Becker gegenwärtig an alle Bernsteinfabrikanten Fragebogen versende, die ersichtlich den Boed hätten, die Firma in das hellste Licht zu stellen und bei der Regierung wieder zu rehabilitieren, beschloß der Drechslerstag einstimmig folgende Resolution, welche der Staatsregierung unterbreitet werden soll:

„In Anbetracht der von allen Interessenten seit Jahren schwer empfundenen und jetzt an die Öffentlichkeit gelangten Vorkommnisse, die außer einer Schädigung, einer theilweisen Vernichtung unseres Gewerbes eine dauerliche Erregung der öffentlichen Meinung im Gefolge haben, spricht der Verbandstag deutscher Drechsler Annungen die Ansicht aus, daß eine Lösung der eigentümlichen Verhältnisse am besten erreicht werden kann, wenn die Bernsteinengewinnung in Staatsbetrieb genommen wird.“

Die „Staatsbürger-Zeitung“ macht sich zum Sprachrohr der von der französischen Bourgeoisie verbreitete Tartarennachricht, daß unser Genosse Singer bei der Abreise aus Lille ein Schimpfwort gegen die auf dem Perron befindlichen Franzosen gebraucht habe. Wie unser Singer aus London mittheilt, ist dies eine ganz gemeine Lüge. Auf die Zurufe hat Singer die Worte: „Vive la Sozialdemokratie!“ (Hoch die Sozialdemokratie!) geäußert. Das ist alles.

„Unbekannt“ ist eingeschlafen, schreibt das „Volksblatt für Halle“ unterm 1. August. Er hat ein klägliches Ende genommen, der Herr „Unbekannt“, unbestimmt im März und April die stundenlangen Vernehmungen des Redaktions-, Expeditions- und Druckereipersonals unseres Blattes stattfanden. 700 Mark Geldstrafen wurden verhängt wegen Verweigerung der Aussagen, der Unterschriftabgaben und der eiblichen Versicherungen. Dann wurden sogar Mitte Mai fünf der Vernommenen in Untersuchungshaft „genommen“ ohne daß allerdings die Inhaftnahme ausgeführt wurde. Heute lief nun vom Regierungs-Präsidenten in Merseburg folgendes Schreiben ein:

Merseburg, den 29. Juli 1896.  
Auf Ihre weiteren Bescheidungen vom 22. April und 13. Mai d. J. über die in der Disziplinaruntersuchung wider einen Beamten der Polizeiverwaltung zu Halle gegen Sie und die anderen Beschwerdeführer als Zeugen festgesetzten Geld- und Haftstrafen erlaube ich Ihnen im Auftrage des Herrn Ministers des Innern zur gleichzeitigen Mittheilung an die übrigen Beschwerdeführer, daß, nachdem inzwischen die Persönlichkeit besizgen gegen den nach Lage der Sache der Verdacht der Thäterschaft allein sich richten kann, ermittelt und derselbe aus dem Dienst der Polizeiverwaltung zu Halle entfernt worden ist, der Herr Minister des Innern die Einstellung des beschwebenden Disziplinar-Verfahrens angeordnet hat und daß daher auch von der Vollstreckung der in diesem Verfahren festgesetzten Strafen unter Zurückziehung der Strafverfügungen nunmehr abgesehen wird.

In den Redakteur Herrn Adolf Thiele zu Halle a. S.

Wir sind etwas anderer Meinung, Herr Regierungspräsident, meint das „Volksblatt“. Die verhängten Strafen waren vermerkt, gleichgiltig, ob Unbekannt gefunden wurde oder nicht. Die Geldstrafen wurden im März verhängt und die Genossen Föhnig, Gebeling Lehmann, Groß und Ad. Thiele wurden am 17. April „in Zwangshaft genommen“. Seitdem ist über ein volles Vierteljahr vergangen, und erst gegen Mitte Juli wurde ein Rathhausbeamter wegen des Verdachts, der Thäter zu sein, entlassen. Wir sind darum weit davon entfernt, in der Einstellung des Verfahrens und im Erlassen der Strafen einen Akt menschenfreundlicher Gnade zu erblicken. Wir sind vielmehr der Meinung, daß sich die untersuchende Behörde bei ihrer Suche nach „Unbekannt“ zu weit vorgewagt hat und daß ihr die rechtliche Grundlage zur Verhängung der Geld- und Haftstrafen mangelte, so daß diese Strafen nicht hätten aufrecht erhalten werden können. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß auch nach dem Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten niemandem die Thäterschaft nachgewiesen worden ist, sondern daß man einen „Verdächtigen“ einfach auf die Straße gesetzt und dadurch die Sache für erledigt gehalten hat. Auf wie schwachen Füßen der „dringende Verdacht“ stand, haben wir schon früher nachgewiesen. Die ganze Sache ist demnach noch keinesfalls aufgeklärt.

### Frankreich.

Der „Attentäter“ Francois, der die blinden Schüsse in der Nähe des Präsidenten Faure abfeuerte, wird jetzt wegen Verfolgungswahn in eine Irrenanstalt untergebracht werden.

### Belgien.

Das Resultat der heutigen Provinzialraths Stichwahlen ist folgendes: Die Liberalen behalten die Majorität in sieben von den neun Provinzen, sie verlieren die Majorität in der Provinz Brabant. Die Sozialisten behalten die Majorität in der Provinz Lüttich sie gewinnen 2 Mandate in Soignies, verlieren 3 in Seraing und 5 in Mons.

### Bulgarien.

Gegen den todtten Stambulow, wenn auch nur gegen sein Grabdenkmal, wurde gestern ein Mordakt verübt. Es liegen über dieses Mordstück bis jetzt folgende Depeschen vor:

Das durch die Dynamit-Explosion zerstörte Grabmal Stambulow's war vor 14 Tagen eingeweiht worden. Die Uebelthäter haben den die Inschrift tragenden Denkstein entfernt. Heute wurde eine Polizeiwache auf dem Friedhof stationirt.

Die theilweise Zerstörung des Grabdenkmals Stambulow's wird auf eine Rache der Freunde von vier in der Folge des Prozesses Beltschow Hingerichteten zurückgeführt, deren Gräber seinerzeit angeblich von Anhängern Stambulow's entweiht worden waren.



## Türkei.

Zusolge der letzten Angriffe der Türken auf die christlichen Kreter im Distrikt Ranea wurden von den Christen 15 mohamedanische Männer und Frauen daselbst getödtet.

## Rußland.

Die Sühne für die Katastrophe auf dem Chodynskysfelde bei Moskau steht in gar keinem Verhältnis zu der Größe des Unglücksfalles und zu der Verantwortlichkeit der Schuldigen. Sie wird vor allem charakteristisch dadurch, daß der Zar die Untersuchung selbst geführt und die Strafe selbst bestimmt haben soll. Bedeutendvoll ist dabei das Eingeständnis, daß den Behörden die Schuld für die Katastrophe offiziell zugestanden wird. In dem Ukas des Zaren heißt es: „Nachdem wir uns ferner überzeugt haben, daß die Ursache des Unglücks darin zu suchen ist, daß die Moskauer Behörden, verpflichtet, die Ordnung und die Sicherheit der Hauptstadt zu überwachen, zur rechten Zeit nicht die entsprechenden Maßregeln ergriffen haben, um die Masse des dem Chodynskysfelde zuströmenden Volkes zu lenken, und nachdem wir aus diesem Grunde den das Amt eines Ober-Polizeimeisters von Moskau Ausübenden ohne sein Ansuchen vollständig aus dem Dienste entlassen haben, befehlen wir den Ministern des kaiserlichen Hauses und des Innern, daß sie bezüglich der übrigen Amtspersonen, welche sich der Nichterfüllung ihrer Pflichten schuldig gemacht haben, andere von uns angezeigte Strafmittel entsprechend der erwiesenen Schuld nehmig anwenden.“ Für sechs Tausend Todesfälle, Entlassung aus dem Staatsdienst!

## Lübeck und Nachbargebiete.

5. August.

Die „Eisenbahn-Zeitung“ versucht in einem längeren Artikel die Bedeutung des internationalen Kongresses abzuschwächen. Sie leistet sich den trivialen Witz „Die erste Hälfte der „sauren“ Woche stritt man darüber, worüber man streiten solle, und die zweite Hälfte der Woche stritt man alsdann weiblich darüber, worüber man beschloffen hatte zu streiten“ und glaubt, daß sie hiermit etwas ganz neues gesagt habe, und doch ist dieser „Witz“ so alt und abgestanden, daß es uns Wunder nimmt wie ein sonst so ziemlich auf sich haltendes Blatt, noch mit ihm treiben gehen kann. Die „E.-Ztg.“ meint dann weiter, wir müßten selbst anerkennen, daß der Kongreß kein positives Ergebnis gehabt hätte und daß der „Erweis der Thatsache“, daß die Einigkeit der Arbeiter aller Länder ein leerer Wahn sei, vollauf erbracht sei. Die Leser der „E.-Ztg.“ die mögen das ja glauben, nachdem sie die Weisheiten des Blattes in sich aufgenommen haben, und wir sind es auch zufrieden wenn man geistlich verachtet, Vogel Straußpolitik zu treiben, indem man den Kopf in den Sand steckt. Die „Eisenb.-Ztg.“ hat es nicht gewagt, Berichte über den Kongreß zu bringen, sie hat ihm todtschweigen wollen, da das aber doch nicht gut angängig sein mag, weil die Leser des Blattes ja auch noch anderwärts etwas erfahren könnten, so glaubt sie, sich mit ein paar trivialen Phrasen darüber hinweg zu helfen. Dem sei nun wie ihm wolle, vorerst bringt ja die Berichterstattung über einen Arbeiter-Kongreß für das Blatt keine Vortheile und könnte auch vielleicht bei einem Theile der bündlerischen und antisemitischen Leser anstoßen, da war es schon vortheilhafter, seinerzeit vor der gelben Reitjacke des Satrapen Li-Hung-Tschang in cynischer Ergebenheit auf den Bauch zu rutschen, dieses hindert aber auch nicht, daß man ihm nun gelegentlich Fußtritte zu versetzen sucht, denn dieses schlitzäugige Ungethüm war tausendmal klüger, wie das auf Kommando erkerbende Schreibvolk des Unternehmers. Genug! Wir können der „E.-Ztg.“ verrathen, daß wir nichts anderes von dem Kongresse erwartet haben und auch nicht erwarten konnten, und daß wir mit dem Ergebnis desselben vollauf zufrieden sind. Wir wissen auch, daß keine Partei der Welt, außer der internationalen Sozialdemokratie, im Stande ist einen Kongreß abzuhalten, auf dem Millionen Menschen aller Länder und Sprachen vertreten sind und der innerhalb einer Woche Dinge erledigt hat, wozu ein bürgerliches Parlament Monate gebraucht. Was würde wohl die Partei der „E.-Ztg.“, der „Bund der Landwirthe“ machen, wenn er auf einem Kongreß von seinem Anhängsel, den Antisemiten, in der Weise gestört worden wäre, wie es die Anarchisten in London auf dem Arbeiter-Kongreß gemacht haben? Die Herren wären ohne polizeilicher Hilfe mit den Liebermännern und tutti quanti nicht in drei Tagen fertig geworden. Uebrigens darf man nicht glauben, der Kongreß habe in den drei Tagen, wo er gezwungen war, über die Zulassung der Anarchisten zum Kongreß zu verhandeln, keine positive Arbeit geleistet. Die Arbeiten eines internationalen Kongresses werden nicht im Plenum, sondern von den einzelnen Nationen in ihren speziellen Sitzungen, und von den aus allen Nationen zusammengelegten Kommissionen verhandelt. Der in den Kommissionen gefaßte Beschluß wird dann dem Plenum vorgelegt und da, wie gesagt, alle Nationen bereits Stellung genommen haben, ist die Sache um so schneller geklärt und ein Beschluß herbeigeführt. Auf diese Art wurde auch in den drei Tagen gearbeitet. Für die Folgeleien kann man den Kongreß nicht verantwortlich machen, und über die Schwierigkeiten, die ein Arbeiter-Kongreß zu überwinden hat, kämen andere Parteien, wie gesagt, gar nicht hinaus. Wenn die „E.-Ztg.“ zum Schluß meint oder glauben zu machen sucht, daß es mit dem Gemeingefühl der Arbeiter angeht, der Vorgänge in Südfrankreich

und Zürich schlecht bestellt sei, so haben wir darauf kurz zu erwidern, daß es ja gerade unser Bestreben ist, die Konkurrenz der Arbeiter gegen einander, das Unterbieten der Löhne und die verdamnte Bedürfnislosigkeit aus der Welt zu schaffen. Das uns diese Bestrebungen aber durch das profitwiltige Unternehmertum erschwert und beinahe unmöglich gemacht wird, das sollte, beifällig gesagt, auch die Redaktion der „Eisenb.-Ztg.“ wissen, haben wir doch schon oft in ihren „Unpolitischen Betrachtungen“ unsere Ansicht: daß in erster Linie, die Profitgier und Habgier der Unternehmer Schuld an der Verschärfung der Klassengegensätze und an der Verpöterung des Kampfes Aller gegen Alle ist, in sehr eingehender Weise besprochen gefunden. Weshalb also jetzt eine andere Meinung und Ansicht zum Ausdruck bringen, siehe „Eisenbahnerin“?

Invalidentät- und Alters-Versicherung. An Anträgen auf Gewährung von Renten sind bei der Hanseatischen Versicherungsanstalt eingegangen: an Altersrenten seit dem Jahre 1891 bis Ende Juli 1896 zusammen 2801, an Invalidentrenten seit dem Jahre 1892 bis Ende Juli 1896 zusammen 2433; mithin sind seit Beginn des Jahres 1891 bei der Hanseatischen Versicherungsanstalt an Rentenanträgen eingegangen 5234. Von den Anträgen auf Altersrente entfallen auf das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck 464, Bremen 603, Hamburg 1734 und von den auf Invalidentrente auf das Gebiet Lübeck 259, Bremen 770, Hamburg 1404. Von den Anträgen auf Altersrente sind bis Ende Juli 1896 erledigt 2779, und zwar 2419 durch Rentengewährung, 320 durch Ablehnung und 40 auf sonstige Weise. Von den Altersrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 535, von diesen sind verstorben 505. Von den Anträgen auf Invalidentrente sind bis Ende Juli 1896 erledigt 2364, und zwar 1717 durch Rentengewährung, 563 durch Ablehnung und 84 auf sonstige Weise. Von den Invalidentrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 460, von diesen sind verstorben 432. Auf die Gebiete der drei Hansestädte vertheilen sich die noch im Bezuge der Rente befindlichen Personen folgendermaßen: Altersrenten: Lübeck 314, Bremen 407 Hamburg 1163; Invalidentrenten: Lübeck 145, Bremen 470, Hamburg 642. — Die Jahressumme der bis jetzt gewährten Renten macht insgesammt 602 466,80 Mk. aus, von welchem Betrage 199 472,00 Mk. für die inzwischen ausgeschiedenen Renten-Empfänger abzusetzen sind. — An Anträgen auf Rückerstattung der Beiträge sind eingegangen: a. Anträge gemäß § 30 des Gesetzes: im Laufe des Jahres 1895 425, in der Zeit vom 1. Jan. bis 31. Juli 1896 1206, zusammen 1631; b. Anträge gemäß § 31 des Gesetzes: im Laufe des Jahres 1895 83, in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1896 202, zusammen 285. — Von diesen 1916 Anträgen entfallen auf das Gebiet Lübeck 156, Bremen 455, Hamburg 1305, zusammen 1916. Davon sind erledigt durch Rückzahlung 1505, durch Ablehnung 207, auf sonstige Weise 28, zusammen 1740, mithin unerledigt 176.

Heilstätten für Lungenkranke. Es waren am 1. Juli d. Js. auf Kosten der Hanseatischen Versicherungsanstalt (zum Theil auch mit Zuschuß von Krankenkassen) in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern 238 Versicherte untergebracht. Aufgenommen wurden im Laufe des Monats Juli 68, zusammen also 296 Versicherte. Davon wurden im Laufe des Monats Juli 96 Versicherte entlassen, mithin befanden sich am Schluß des Monats in Heilbehandlung 200 Versicherte, und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 11, Bremen 46, Hamburg 143. Außerdem mußten im Laufe des Monats 33 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Tivoli-Theater. Donnerstag Abend findet auf allgemeinen Wunsch eine nochmalige Wiederholung des urkomischen Schwanks „Familie Knickmeyer“ von Berend statt, der bei seiner letzten Aufführung am Sonntag solch stürmischen Erfolg hatte. Die Vorstellung findet zu ermäßigten Preisen statt. Hierbei sei bemerkt, daß am Sonntag laut polizeilicher Fählung nach dem ersten Akt von Knickmeyer 1180 Personen anwesend waren, deren Zahl sich im Laufe des Abends bis auf 1300 vermehrte.

Falsches Geld. Am Sonnabend wurde beim hiesigen Polizei-Amt ein falsches Einmarkstück mit der Jahreszahl 1878 und dem Münzzeichen A. eingeliefert.

Abgefaßt. Der von der königlichen Staatsanwaltschaft zu Essen a. d. R. wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgte Kellner Engel wurde gestern hier angetroffen und dem Marztaufgefängnis übergeben.

Eigenthumsvorgehen. Am Sonntag Mittag wurde in einem Hause auf dem Pferdemarkt eine längliche goldene Broche, mit echten Steinen und Perlen besetzt, und eine irdene Sparbüchse mit 5 Mk. Inhalt gestohlen.

Gewerbegericht. Sitzung vom 4. August. Auf Wiedereinstellung in die Arbeit klagt der Tischlergeselle Köpfe gegen den Meister Spethmann. Am 1. August wurde K. nach seiner Angabe vom Meister das Anschlagen von 10 Thüren gegen einen Akkordlohn von 2,80 Mark für jede Thür übertragen, mit welcher Arbeit Kläger am 3. August begann. Am folgenden Tage wurde Kläger vom Meister wieder in der Werkstelle beschäftigt, womit er nicht einverstanden war und auf Erfüllung des vereinbarten Akkords klagte. Beklagter giebt an, daß eine bestimmte Stückzahl von Thüren mit dem Kläger nicht vereinbart worden sei. Kläger habe freiwillig die Arbeit verlassen. Die Parteien einigten sich dahin, daß Beklagter sich bereit erklärt, Kläger mit dem Anschlagen von 5 Thüren im Neubau Friedrich-Wilhelmstraße zu beschäftigen, worauf Kläger auf weitere Ansprüche verzichtet. Der Vater des Schornsteinfegerlehrling Hamann

klagt gegen den Schornsteinfegermeister Pfeiffer aus Travemünde, auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses. Der Meister Pf. hatte seinen Lehrling P. der seit Ostern 1894 bei ihm in der Lehre war am 2. August entlassen, weil derselbe sich thätlich an ihm vergriffen hatte. Auf Zureden des Vorstehenden erklärte sich der Meister bereit, noch einmal den Versuch zu machen und stellte den Lehrling wieder ein. In der schon drei Mal zur Verhandlung gelangten Klagesache des Schlossergesellen Marxhall gegen den Schlossermeister Jenß wurde heute eine Einigung erzielt. J. zahlte M. 7,50 Mk. Entschädigung für seine Mehrarbeit.

Hamburg. Ein entsetzlicher Unglücksfall, der zwei Menschen den Tod und einem dritten schweren Schaden an der Gesundheit brachte, hat sich in der letzten Nacht am Steinhöft ereignet. Der mit seiner Gattin auf einer Vergnügungsreise befindliche Herr Ignaz Beresek aus Prag hatte gestern mit der „Prinzess Elisabeth“ eine Fahrt nach Helgoland gemacht, von der das etwa 30jährige Paar gegen 1 1/2 Uhr zurückkehrte. An der St. Pauli-Landungsbrücke nahmen sie eine Droschke. Beim Steinhöft schaute das Pferd und ging mit dem Wagen durch An der Duaimauer scheint das Pferd sich plötzlich gewendet zu haben, wobei der Wagen herumgeschleudert wurde und rückwärts über die Mauer hinausging. Dabei brach die Deichsel und das Pferd lief mit ihr und den daran befestigten Strängen davon, während der Wagen in die Elbe stürzte. Das Ehepaar mußte im geschlossenen Wagen ertrinken, da eine Rettung nicht schnell genug zu bewerkstelligen war. Der Kutscher hat bei dem Sturz ein Bein gebrochen. Auch dieser wäre wahrscheinlich ertrunken, wenn nicht Herr Stabsarzt a. D. Dr. Winkler nachgesprungen wäre und ihn gerettet hätte.

Flensburg. Am Sonnabend fand im „Holsteinischen Hause“ eine Versammlung der ausgesperrten und streikenden Werftarbeiter statt, in welcher Genosse Gehz aus Bremerhaven ein Referat über die Streikangelegenheit hielt. Der ausgezeichnete Vortrag wurde mit der größten Ruhe entgegengenommen, wie es aufgefällten, zielbewußten Arbeiter geziemt. Reicher Beifall während und am Schluß des Vortrages bewiesen, daß der Redner den Anwesenden (das Lokal war überfüllt) aus der Seele gesprochen hatte. Nachdem der Genosse Deesen den Bericht der Streikkommission erstattet hatte, verlas Genosse Hansen die Beschlüsse derselben, die dann von dem Genossen Wustrack eingehend begründet und einstimmig als die einzig richtige Antwort angenommen wurden. Die Forderungen sind folgende: 1. Ein Minimallohn von 30 Pf. pro Stunde, resp. 3 Mark pro Tag; 2. den Lohnaufschlag für Ueberstunden zählt die Werkst extra und nicht, wie früher, vom Akkord; 3. die Arbeitszeit ist eine 9 1/2stündige und zwar mit im Sommerhalbjahr 1 1/2 Stunden, im Winterhalbjahr 1 Stunde Mittagspause; 4. der Lohn ist nach Maßgabe der halbstündigen Arbeitszeitverlängerung für sämtliche Lohnklassen zu erhöhen, so daß bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit für 10 Stunden bezahlt wird; 5. zur Regelung von Streitigkeiten aller Art Festsetzung der Akkorde usw. ist ein Arbeiterausschuß von 5 Personen zu wählen. Der Ausschuß wird von den Werftarbeitern gewählt. Die Arbeit darf unter keinen Umständen etwa auf eine Bekanntmachung von der Werfteilung hin aufgenommen werden, vielmehr kann die Aufnahme der Arbeit nur in einer Werftarbeiterversammlung beschlossen werden. Wegen gleichmäßiger Verteilung des Akkordüberschusses soll erst in der nächsten Versammlung verhandelt werden. Die Diskussion legte einen unüberlegbaren Beweis dafür ab, daß unter den Aussperrten und Streikenden die größte Einigkeit herrscht. Es zeigt sich aufs neue, daß es keineswegs einige Hezer sind, die solche folgenschwere Bewegungen heraufbeschwören, daß es vielmehr der feste und eiserne Wille der gesamten Arbeiterchaft ist, der gegen das Kapital Front macht. Zwei weitere Anträge fanden ebenfalls einstimmige Annahme: 1. In Anbetracht, daß die Verhandlungen der Werftarbeiterversammlungen von höchstem Interesse für die gesamte Bürgerchaft sind, beschließt die Versammlung, die Presse aufzufordern, wahrheitsgetreue Berichte zu bringen. Diejenigen Zeitungen, welche die Berichte nicht aufnehmen, sind öffentlich bekannt zu machen. 2. Der Magistrat ist zu ersuchen, die Steuern solange zu stunden, bis wir wieder in Arbeit sind. Diese Anträge wurden der Streikkommission zur Erledigung überwiesen. Hierauf wird die Versammlung mit einem kräftigen Appell an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und mit der Aufforderung, sich der Zentralorganisation anzuschließen, geschlossen. Wir ersuchen nun alle Arbeiter, ihr Solidaritätsgefühl nicht nur in moralischer, sondern auch in materieller Hinsicht zu betheiligen, denn unser Sieg ist Euer Sieg und unsere Niederlage ist Eure Niederlage! Die Streikkommission.

Mecklenburg. „Drollig“ findet das Berliner Organ für Hoffatich, das „Kleine Journal“ folgendes Vorkommniß, das sich beim Taubenschießen in Heiligen-damm ereignet hat. Wir lassen die überaus charakteristische Mittheilung wörtlich folgen:

Großherzog und Staatsanwalt. In Heiligen-damm hat sich während der letzten Dobe-raner Rennen ein höchst amüsanter Vorfall abgespielt. Bekanntlich wird dort zur Zeit der Rennen auch der Sport des Taubenschießens eifrig gepflegt. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der hohe Protoktor des schönen Bades, ist einer der eifrigsten Freunde dieses Sports, an welchem er sich unter dem Namen eines Grafen Schmerin zu betheiligen pflegt. Beim Taubenschießen sind stets auch mehrere



Gensdarmen zugegen, um den Andrang unbefugter Neugieriger abzuwehren. Am letzten Freitag nun, als das Taubenschießen unter der Aufsicht des Großherzogs gerade im besten Gange war, erschienen plötzlich zwei Gensdarmen, um im Auftrage der Staatsanwaltschaft die Namen der Mitschießenden festzustellen, die ausnahmslos Aristokraten und Sportsleute waren. Tags darauf belamen die sämtlichen Herren Vorladungen um sich vor dem Staatsanwalt wegen Thierquälerei zu verantworten. Die von gewisser Seite immer wieder verbreitete Legende von der Thierquälerei, die das Taubenschießen angeblich mit sich bringen soll, ist um so hin-fälliger, als jede Taube, die unter dem Messer der Köchin ihr zartes Leben auszuhauchen hat, weit mehr leiden muß als eine Taube, die geschossen wird, wie ja überhaupt die Küche auch für andere Thiere, wie Krebse zc., eine weit unangenehmere Marteranstalt ist als eine frische und fröhliche Jagd. Wird eine Taube ausnahmsweise einmal durch den Schuß nicht sofort getödtet, so stehen für alle Fälle zwei Hunde bereit, die ihren Leiden unver-züglich ein Ende machen, was eine Sache weniger Se-tunden ist. Abgeschmackte Sentimentalität ist also beim Taubenschießen am allerwenigsten am Plage. Drollig mag es nur sein, wenn der mecklenburgische Staats-anwalt erfährt, daß auch sein eigener Landesfürst sich des vermeintlichen Vergehens der Thierquälerei schuldig gemacht hat.

Dazu bemerkt der „Vorwärts“:  
 Neufferst „drollig“ in der That! Wir wollen keine Betrachtungen darüber anstellen, was der mecklen-burgische Staatsanwalt nunmehr denken und thun wird. Aber was auch der Ausgang der Heiligendammer Sache sein wird, das Taubenschießen bleibt dennoch eine Thier-quälerei, mag auch das berühmte Berliner Kofottenblatt

eine solche Auffassung noch so oft für eine „abgeschmackte Sentimentalität“ erklären. Dieser aristokratische Sport ist auch nicht einmal eine „frische, fröhliche Jagd.“ Es dafür auszugeben, ist ein frecher Schwindel. Jagd nennt man die Verfolgung wilder Thiere. Das Taubenschießen spielt sich aber so ab, daß man zahme Tauben, eine nach der andern, am Schießstand flattern läßt, worauf die Sportsmänner sie niederknallen. Wer die meisten Tauben zur Strecke bringt, hat bei dem Wett-schießen gewonnen. Eine höchst ritterliche Uebung das!

**Sprechsaal.**  
 (Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegen- über keinerlei Verantwortung.)

(Eingefandt)  
 Auf das Eingefandt, welches sich in der gestrigen Nummer des „Volksboten“ befindet, erkläre ich hiermit, daß dasselbe nicht ganz zutreffend ist, indem nicht ich, sondern Herr Dammow, diese Aeuße-rung und zwar in scherzhafter Weise gethan hat. Wer Herr Dammow wie auch mich näher kennt, wird wohl wissen, daß wir beide nur für das Beste der Lübecker Arbeiterschaft streben.  
 Düsseldorf, Uhrmacher.

**Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.**  
 Angelommen:  
 Dienstag den 4. August.

Vormittags  
 5,50 D. Afrika, Andersen, von Rostock in 3 1/2 Tg.  
 10,10 D. Dora, Bremer, von Windau in 54 St.  
 11,45 D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 St.  
 Nachmittags  
 1,15 D. Meta, Ehler, von Neustadt in 1 St.  
 4,50 D. Condor, Ohlsen, von Sonderburg in 10 St.  
 6,30 Friederike, Andersen, von Bergquarna in 4 Tg.  
 10, — Marie Amalie, Engel, von Wismar in 1 Tg.  
 7,25 D. Kant, Wulf, von Königsberg in 54 St.

Mittwoch, den 5. August.  
 Vormittags  
 4,20 D. Palmstab, Lundin, von Kopenhagen in 12 St.  
 Abgegangen:  
 Dienstag den 4. August.  
 Vormittags  
 8,20 Hannu, Jürgensen, nach Ratskov.  
 10, — Californien, Ravn, nach Flensburg.  
 Nachmittags  
 12,30 D. Aurora, Schöpfke, nach Neustadt.  
 1, — Theolinde, Nyman, nach Decarshamn.  
 5, — Dora, Harber, nach Wismar.  
 5, — Schloßmünde, Rasmussen, nach Kopenhagen.  
 Mittwoch, den 5. August.

Vormittags  
 6, — D. Elita, Bierstorf, nach Gese.  
 Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr V: 6,40 W., schwach.

**Schiffsbewegung in der Ostsee.**  
 D. Gustaf Wasa ist am 4. August in Stockholm angekommen.  
 D. Finnea ist am 4. August in Hangö angekommen.  
 D. Livland ist am 4. August in Riga angekommen.  
 D. Luba ist am 4. August in Königsberg angekommen.  
 D. Stadt Albed ist am 4. August in Danzig angekommen.  
 D. Kewa ist am 4. August in Neval angekommen.  
 D. Wiborg ist am 4. August in Wyburg angekommen.  
 D. Alice Krohn ist am 4. August von Wasa kommend, in Bremen angelangt.  
 D. Orpheus ist am 4. August in Königsberg angekommen.

**Sternsäng Schwart**  
 Hamburg, 4. August  
 Der Schweinehandel verlief gut.  
 Angeführt wurden 1760 Stück, davon vom Norden 1000 Stück vom Süden — Stück. Preise: Verändlichweine schwerer 43—45 Mk. leichter 46—47 Mk., Sauen 33—37 Mk. und Ferkel 42—45 Mk. pr. 100 Pfd.  
 Der Kälberhandel verlief gut.  
 Angeführt wurden 1295 Stück. Unverkauft blieben — Stück. Preise: beste 70—80 Mk., geringere 55—65 Mk. per 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir eruchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Ein-läufen sich auf unser Blatt zu be- rufen.

**Dankagung.**

Hiermit sage ich allen denen, welche meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen haben und für so reiche Blumenpenden sorgten und dem Sodalverband der Zimmerer, sowie auch Herrn Pastor **Lindenberg** für seine trostreichen Worte am Sarge und am Grabe meinen innigsten Dank.  
 Carl Feldt.

In der Nr. 178 des „General-Anz.“ befindet sich folgende, meine Frau betreffende **Ehreneklärung**, die ich, da Frau **D. Milk** sich nicht bemüht findet, dieselbe auch im Volks- boten zu veröffentlichen, auf meine Kosten zum Abdruck bringe. **C. Jäger**, Marlystr. 45 a.

**Ehreneklärung.** Hierdurch be- zeuge ich, daß mir über ehrenwürdige Handlungen der Frau **Jäger**, Marlystraße nichts bekannt ist.  
 Frau **D. Milk**, Marlystraße 45.

**Neues Berliner Schirm-Magazin**

8 Schlumacherstraße 8  
 Lübeck's billiger Verkauf von soliden Sonnen- und Regenschirmen.  
 Bezüge und Reparaturen werden schnell, solide und billig angefertigt.  
 Hochachtungsvoll empfiehlt sich den geehrten Herrschaften die Firma  
**Stoppelman Lewertoff.**

Durch die Expedition des Lübecker Volks- boten ist zu beziehen:

**Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften und ihre nächste Aufgabe.**  
 Mit einem Anhang:  
**Die Thätigkeit der Vertrauensleute in der Organisation.**  
 Von **Friedr. Hoffmann.**  
 Preis 15 Pfg.

Zu verkaufen eingemachte Bettlaken.  
**Kremelsberg**  
 Kremelsdorfer Kamp.

**Prima Germania-Baumwäolche**  
 wird nicht gelb, gesundes Tragen. Stehfragen 30 Pfg., Klappfragen 40 Pfg., Vorkemde 50 Pfg.  
**Poststraße 6. Robert Bendfeldt.**

1 Wohnung, Stube, Kammer, Küche und Keller. Miethe 140 Mk. Eine Stube und Feuerungsgelab, Miethe 40 Mk.  
 Näheres Belzerstraße 18.

**Eine Wohnung zu vermieten.**  
 Kahlhorststraße 40 a.

Logis für 1 oder 2 junge Leute, mit oder ohne Beköstigung.  
 Marlesgrube 10

Durch Zufall zum 1. Oktober eine Wohnung, enthaltend ein Wohn- und Schlafzimmer, Küche, Boden u. s. w., zu vermieten.  
 Große Grävelgrube 57.

Ein ordentliches Mädchen sucht zum 1. Oktober ein möbliches **Zimmer** vor dem Postthor. Offerten unter **J. 12** an die Expedition dieses Blattes.

**Als schöne Zimmerzierde**  
 ist den Parteigenossen zu empfehlen:  
**Brustbild von Ferd. Raffalle.**  
 Natürliche Größe, Delldruck. Preis 1 Mk.  
**Brustbild von Karl Marx.**  
 Natürliche Größe, Delldruck. Preis 1 Mk.  
 Expedition des Lübecker Volksboten.  
 Große Allee 35/37.

Über 1000 Bildertafeln und Kartenbeilagen.  
**MEYERS**  
 = Soeben erscheint =  
 in 5. neubearbeiteter und vermehrter Auflage:  
**KONVERSATIONS-LEXIKON**  
 17 Bände  
 272 Hefte  
 zu 50 Pfg.  
 17 Bände  
 zu 8 Mk.  
 Probesthefte und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.  
 Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.  
 10.000 Abbildungen, Karten und Pläne.

Der  
**Neue Welt-Kalender**  
 für das Jahr 1897  
 ist erschienen und seines reichhaltigen Inhaltes wegen Jedermann zu empfehlen.  
 Preis 40 Pfennig.  
 Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
 und deren Colporteurs.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz ge- brauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die  
**Adler-Brauerei.**  
 Inh.: **G. Teichgräber.**

**Billige Logizimmer**  
 von 60 Pfg. an. **Zimmer** zu vermieten.  
 Siebente Querstraße 8.  
**Frendl. Logis** zu vermieten.  
 Wafenkammer 80.

**Tapeten und Borden**  
 größte Auswahl, billigste Preise.  
**E. L. Schwartz, Megdienstraße 37.**

Der  
**deutsche Pulver-King**  
 und das  
**Militär-Pulvergeschäft**  
 von **Georg Feuchter.**  
 Eine belehrende Schrift zur Auf- klärung über Lieferungsverwesen.  
 Preis 50 Pfg.  
 Borräthig in der Exped. des Lübecker Volksboten

**Frau J. Dentzau**  
 Lübeck. Fadenburger Allee 1  
 in der Nähe des Bahnhofes  
 behandelt mit nachweislichem Erfolge  
**Beinschäden, Flechten, Hautkrank- heiten und Drüsen.**  
 Sprechzeit täglich von 10—4, Sonntags bis 2 Uhr  
 Unbemittelte freie Behandlung.

**Geheime Leiden**  
 Geschlechts-, Haut-, Blasen- u. Frauenkrankheiten  
 Schwäche und Nervenleiden heile sicher und gründlich. Brieflich mit gleichem Erfolge.  
**H. C. Riedel, Schmiedestr. 4, 1. Etg.**  
 Sprechzeit v. 11—1 u 7—9 Uhr, auch Sonntags  
 Eine große Partie nur neuer Muster  
**Tapeten u. Borden, 10 Pfg.**  
 bei **H. E. Koch, Marlesgrube 45.**

In der  
 Expedition des Lübecker Volksboten  
 35/37 Grosse Allee 35/37  
 ist zu haben:  
**Das Recht und die Rechtshülfe**  
 der Handlungsgehülften.  
 Eine **Denkschrift**  
 zur Revision des Handelsgesetzbuches und zur Vereinfachung des Klageverfahrens für Handlungsgehülften.  
 Von **Richard Lipinski.**  
 Preis 25 Pfg.

**COLOSSEUM**  
 Donnerstag den 6. August:  
**Gr. Garten-Concert**  
 und **Ball.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Eintritt: Herren 40 Pfg., Damen 20 Pfg.  
**W. Dassler**

**Tivoli-Theater**  
 Donnerstag den 6. August:  
 Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr  
**13. Extra-Volks-Vorstellung.**  
**Familie Knickmeyer**  
 Nummerirte Plätze 60 Pfg., unnummerirte 40 Pfg.



## Internationaler sozialistischer Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

London, 1. August 1896.

Nachdem der Berichterstatter in beifällig aufgenommenen Rede diese Vorschläge verteidigt, tritt für die aus drei Stimmen bestehende Minorität der Kommission der Franzose Gerard (Generalsekretär der Eisenbahner) für folgende Resolution ein:

„In Erwägung, daß auf mehreren französischen Kongressen (Marseille 1892; Paris 1893; Nantes 1894 und Limoges 1895) die Mitglieder der Gewerkschaften sich für den Generalstreik in allen Berufen als ein Mittel zur Emanzipation erklärt haben, daß in Belgien der Generalstreik, obwohl er unvollständig organisiert war, von großer Wirkung bei der Eringung des allgemeinen Wahlrechts von der Bourgeoisie gewesen ist, daß Schweden und Desterreich im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht dieses Mittel angewandt haben, daß, wenn der internationale Generalstreik von vornherein unmöglich erscheint, es doch in Bezug auf einen nationalen Generalstreik anders liegen kann, daß es aber Thatsache ist, daß die Frage eines nationalen Generalstreiks in den verschiedenen Ländern noch nicht genügend untersucht ist, beschließt der Kongress, die Vertreter aller Länder, insbesondere die Mitglieder der Gewerkschaften einzuladen, diese wichtige Frage zu studieren, so daß ein folgender Kongress darüber beschließen kann.“

Der Korreferent bedauert, daß die Kommission sich mit der Frage des Generalstreiks überhaupt nicht beschäftigen wollen.

In Sachen des ersten Mai liegt folgende Resolution vor:

„Bezüglich der Feier des ersten Mai schließt sich der Kongress den Beschlüssen der früheren Kongresse an. Er sieht die internationale Bedeutung der Mairfeier in erster Linie in einer Demonstration für den Achtstundentag und erklärt, daß die Durchführung der allgemeinen Arbeitsruhe mit aller Energie anzustreben sei.“

Der italienische Sazari beantragt über die Frage des Generalstreiks ohne Debatte zur Tagesordnung überzugehen.

Der englische Delegierte D u e l c h beantragt die Resolution der Majorität ohne Debatte anzunehmen, da internationale Kongresse nicht der Ort für Spezialdiskussionen seien.

Beide Geschäftsordnungsanträge werden darauf angenommen.

Annie H i c s beantragt zu der großen Resolution ein Amendement, wonach der Kongress das Verbot der Arbeit von Schwangeren und Wöchnerinnen 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft und ihren Unterhalt während dieser Zeit auf Staatskosten fordert. Dieses Amendement wird angenommen, ebenso wird beschlossen, die Erhöhung der Altersgrenze für industrielle Beschäftigung von Kindern auf 16 Jahre überall fordern zu müssen.

beschlossen wird weiter ein Amendement P a n s u r f t, wonach die Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet sein sollen, die Arbeitslosen gegen anständigen Lohn zu beschäftigen.

Auf Antrag der organisierten jüdischen Arbeiter Londons wird ein weiteres Amendement angenommen, wonach der Kongress sich gegen jedes Einwanderungsverbot gegen fremde Arbeiter ausspricht und die Aufhebung der bestehenden Gesetze dieser Art verlangt.

Zu der Mai-Resolution wird ein Amendement angenommen, wonach sich die Demonstration auch gegen den Militarismus richten soll.

Die Delegierten werden weiter durch ein angenommenes Amendement aufgefordert, den Huzug auswärtiger Streikbrecher zu verhüten.

Gefordert wird weiter die vollständige Beseitigung der Hausindustrie.

Auf Antrag französischer Delegirter wird beschlossen, ebenso wie die Arbeiterinnen auch die Lehrlinge in die verschiedenen Organisationen aufzunehmen, in besonderen Sektionen zu organisieren und sich ihre sozialistische und gewerkschaftliche Ausbildung angelegen sein zu lassen.

Mit all' diesen Amendements wird die Resolution der Majorität und die Resolution über die Mairfeier gegen die Stimmen einer Anzahl allemanistischer Gewerkschaftler angenommen. (Lebhafter Beifall.) Ueber die Frage des Generalstreiks, für dessen Erörterung außer den Allemanisten einige Holländer und Schweden stimmten, wird zur Tagesordnung übergegangen. (Lebhafter Beifall.) Nunmehr wird Punkt 6 der Tagesordnung „Vermischtes“ erledigt. Folgende Anträge der Kommission werden debattelos angenommen:

Der Kongress bestätigt das unbefchränkte Recht der Freiheit des Gewissens, der Rede, der Presse, sowie das Recht der Vereinigung und öffentlichen Manifestation in allen Ländern für alle Arbeiter und alle Sektionen der Bevölkerung, zum Zwecke der Erreichung der politischen, ökonomischen und sozialen Reform.

Der Kongress verpflichtet die Arbeiter aller Länder die energischsten Anstrengungen zu machen, um die Amnestie der politischen Gefangenen zu erhalten und drückt aus seinen Haß gegen das System der Polizei-Verordnung, welches oft in Szene gesetzt wird, in der Absicht, die Bewegung des Proletariats zu unterdrücken, und ruft die Arbeiter auf, ihr möglichstes zu thun, solche Handlung zu verhindern.

Die Beziehungen zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer dürfen nicht den Gegenstand der Spekulation oder des Handels bilden, sondern, als Einrichtung des Gemeininteresses, sollen sie von den Arbeitern selbst und zu ihrem Nutzen organisiert werden.

In weiterer Erwägung, daß die Engagements-Bureau von Privatpersonen betrieben, die Ursachen sind von groben Mißbräuchen und durchgehender Korruption, fordert der Kongress, daß diese Bureau frei zu sein aufhören und durch öffentliche Bureau der Kommunalgewalten ersetzt werden, oder in allen Fällen der Kontrolle der Gewerkschaften unterworfen sein sollen.

Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erledigt. Es folgt die Verabreichung der Zulassungsbedingungen und die Festsetzung von Ort und Zeit des nächsten Kongresses.

Berichterstatter des Bureau Diebknacht: Der Vorschlag, den nächsten Kongress im Jahre 1898 stattfinden zu lassen, wurde mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß in diesem Jahre in Deutschland, Frankreich und Italien allgemeine Wahlen stattfinden. Es wurde deshalb das Jahr 1899 bestimmt und Deutschland in Aussicht genommen. Die deutschen Arbeiter rechnen es sich zur Ehre den nächsten Kongress aufzunehmen. Aber unsere politischen Verhältnisse sind derartig, daß wir noch nicht sagen können, in welcher Stadt Deutschlands der Kongress abgehalten werden wird. Auch die Sicherheit unserer Gäste muß uns am Herzen liegen. Unsere Gäste aus Polen und Rußland haben zu befürchten, daß sie an Rußland ausgeliefert werden. Es giebt ja aber noch andere Orte in Deutschland als Berlin. Sollten die Verhältnisse die Abhaltung des Kongresses in Deutschland unmöglich machen, so soll er im Jahre 1900 in Paris während der Weltausstellung stattfinden. Die Einladung der amerikanischen Arbeiter, den nächsten Kongress in New-York zu veranstalten, mußte unter Dank abgelehnt werden, da die Reise zu kostspielig ist und zu viel Zeit erfordert. Nun die Zulassungsbedingungen! So großartig der Gedanke der internationalen Kongresse ist, haben wir doch nicht bisher erreichen können, daß die internationale revolutionäre Sozialdemokratie ungeführt tagt. Wir sind Demokraten und können deshalb nicht die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen. Bisher waren wir genöthigt, auf jedem Kongress die Frage der Zulassung der Anarchisten zu besprechen. Die Debatten sind stets fruchtlos geblieben und haben nur zu Standal geführt, sobald die Gegner sagen konnten: Seht die Männer, die eine neue Welt schaffen wollen, sind nicht im Stande, Ordnung auf ihrem Kongress herzustellen. Wenn nicht die Institution der internationalen Kongresse den ernstesten Kämpfern für die Emanzipation verleiht und verleidet werden soll, dann muß eine andere Form der Einladung gefunden werden. Es giebt keine allgemeine Formel, wodurch die Anarchisten ausgeschlossen werden können. Wir haben es mit der Züricher Resolution versucht, und sie ist uns zerrissen — worden. Wir müssen deutlich sagen, einmal wen wir einladen und zweitens dafür sorgen, daß der Einladung gemäß auch gehandelt wird und daß den Einladenden auch die Kraft verliehen wird, allen Elementen, die nicht in die Arbeiterbewegung hineingehören, den Zutritt zu verwehren. (Lebh. Beif.) Das Bureau, in dem alle hier vorhandenen Richtungen und Strömungen vertreten waren, ist schließlich zur vollen Einmütigkeit gelangt. Auch das Verlangen, die Gewerkschaften auszuschließen, ist als Rückschritt zurückgewiesen. Dagegen wird deutlich gesagt, daß Anarchisten nicht auf den Kongress gehören. (Lebh. Beif.) Einige Anarchisten lärmten, als Frau Zetkin die Rede ins Französische übersetzt; von der Gallerie wird heruntergeschrien: Es lebe die Anarchie! Frau Zetkin bittet schließlich, ihr wenigstens das Recht der Frau einzuräumen, wenn man das Recht der Genossin nicht anerkenne.)

## Die Rache eines Häßlichen.

Roman von M. Wibbern.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Vielleicht ist es am besten, wir lassen das eigenfinnige Kind gewähren,“ sagte Frau von Waldburg fast schlichtern. Noch leiser — unsicherer fuhr die alte Dame fort. „Möglicherweise übt Hermine auch einen gewissen Einfluß auf Eugen aus und —“

Wieder stampfte der Baron mit dem Fuß: „Und Du meinst, es könnte sich auch durch ihn noch alles zum besten lenken?“ setzte er hinzu. „Mama, jetzt bist Du auch gegen Deine Mißgeburt eine zärtliche Mutter. Nein, nein, solchen Gedanken darfst Du Dich nicht hingeben. Eugen hat mir, Du weißt es — Rache geschworen und die Wechsel an sich gebracht, nur um mich von Haus und Hof zu jagen. Daß er damit auch Dich heimathlos macht, kommt ihm gerade recht. Denn in seinem Schuldbuch steht ja Dein wie mein Name mit rothen Lettern verzeichnet.“

Die Baronin seufzte. Eine kleine Weile verging, während der sich die drei Menschen schweigend gegenüberstanden. Dann war es wieder Hermine, die in festem Ton sagte:

„Wenn ich nicht die Erlaubniß erhalte, den Onkel zu pflegen, nehme ich mein Wort zurück und werde nie und nimmermehr Arno Wolfens Braut.“

Ein Fluch kam über die Lippen des Barons, und seine Hand erhob sich wie zum Schläge, so daß sich die Baronin zwischen Vater und Tochter warf.

Ihrem beschwichtigenden Reden gelang es auch endlich, Curt von Waldburg die Erlaubniß abzurufen, nach der Hermine verlangte. Wenn die alte Dame sich dabei im Innersten ihrer Seele Rechenhaft abgelegt haben würde, hätte sie finden müssen, daß sie nicht allein, weil

sie einen möglichen Vortheil erhoffte, um diese Erlaubniß bat, sondern weil sich zum erstenmal im Leben wirkliche Muttergefühle gegen den häßlichen Sohn in ihrem Herzen regten. Schon als Curt ihr von dem Versuch eines Unbekannten, Eugen von Stieler zu ermorden, erzählte, hatte sie plötzlich eine namenlose Angst um ihren Aeltesten erfaßt, und der Wunsch, zu dem Verwundeten zu eilen. Aber sie wagte nicht, einer solchen Idee Ausdruck zu geben. Dagegen kam ihr Hermine's Entschluß durchaus gelegen, und ein Gefühl von Dankbarkeit gegen Gott erfüllte sie, als Curt schließlich, wenn auch mit allen Zeichen höchster Empörung rief:

„So mach' denn in des Teufels Namen, Mädchen, daß Du zu diesem rachgierigen Ungeheuer kommst, um feurige Kohlen auf sein Haupt zu sammeln.“

Ohne Zögern, ja, mit Worten aufrichtiger Herzlichkeit hatte Frau Hinrichs, welche sich inzwischen wirklich bei Sanitätsrath Wilmen Rath geholt — Hermine empfängt, als diese, thatsächlich im Gewande einer Diakonissin — wieder im Stieler'schen Hause erschienen war, um ihr Amt anzutreten. Nun sah das junge vornehme Mädchen am Bett des verwundeten Onkels. Der Diener desselben weilte im Nebenzimmer, damit er jeden Augenblick bereit wäre, wenn „Schwester Minna“ seiner Hilfe bedürftig sein sollte.

Während des ersten Theils der Nacht war dieser Fall auch oft genug eingetreten. Immer wieder hatte der Verwundete im Fieberdelirium den Versuch gemacht, aus dem Bett zu springen. Nun aber war er endlich ruhiger geworden. Freilich sprach er noch fortwährend laut und irre. Doch seine Worte weckten nicht mehr Grauen und Entsetzen. Der Geist des Kranken hatte sich jetzt in die längst verrauschten Zeiten seiner frühesten Kindheit zurückversetzt. Und wenn Hermine nicht bereits aus Matuschka's Erzählungen die traurige Jugend-

geschichte des armen „Häßlichen“ gekannt hätte, so würde sie nun auch von den Lippen desselben erfahren haben, was er schon als kleiner Knabe entbehrt und wie er gelitten.

Sonderbarerweise schien Eugen von Stieler während dieser Phantasien Hermine für seine Mutter zu halten. So faßte er stets von neuem die feinen Hände des jungen Mädchens und flüsterte, indem er verzückt zu ihm aufschaute: „Danke, Danke, daß Du heute so lange bei mir bleibst, mein schönes, angebetetes Mütterchen.“ Und plötzlich das Gesicht mit den Händen verdeckend, setzte er in einem Ton hinzu, welcher Hermine die hellen Thränen in die Augen trieb: „Siehst Du — dafür entzieh' ich Dir auch meinen Anblick. Ich will nicht, daß Du von den abscheulichen Blüthen Deines Jungen beleidigt wirst.“

So redete der Kranke fort und fort, immer glaubte er sich in seiner Knabenzeit.

Darüber ward es endlich Morgen, und die Rätthin kam, um Hermine zu nöthigen, ein kleines Frühstück zu sich zu nehmen und dann für ein paar Stunden Ruhe zu suchen.

Dazu bedurfte es für die Baronin keines besonderen Zuredens. Sie war zum Genuß von Speise und Trank aufgelegt, wie das nach einer Nachtwache bei einem jungen gesunden Menschen natürlich war. Nach beendeter Mahlzeit führte Frau Hinrichs das junge Mädchen in das für sie bestimmte Zimmer.

Es war ein kleiner eleganter Raum, in welchem sich die Pseudo-Diakonissin zum Ausruhen niederlegte. Bald lag sie hier in tiefem, traumlosem Schlaf. Bis in den hellen Mittag hinein währte diese Ruhe. Da legte sich eine Hand auf ihre Schulter und die Stimme der Rätthin rief:

„Bitte, stehen Sie auf, gnädiges Fräulein, man wünscht Sie zu sprechen!“



Der Vorschlag des Bureau, den Lieblincht vertreten, hat folgenden Wortlaut:

Das Bureau des Kongresses wird beauftragt die Einladungen zum nächsten Kongress zu erlassen und ausschließlich einzuladen

1) die Vertreter aller Gruppen, die die Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsordnung in die sozialistische Eigentums- und Produktionsordnung anstreben und die Theilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Thätigkeit als ein notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen,

2) alle gewerkschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich auch als solche nicht am politischen Kampfe betheiligen, doch die Nothwendigkeit politischer und parlamentarischer Thätigkeit anerkennen. Anarchisten sind mit hin ausgeschlossen.

Die Prüfung der Mandate soll durch die nationalen Gruppen selbst geschehen mit Vorbehalt des Refurses an eine besondere Mandatsprüfungscommission, die aus Vertretern aller nationalen Gruppen besteht.

Die Mandate jener Nationalitäten, die weniger als fünf Delegirte senden, werden von der Mandatsprüfungskommission geprüft ebenso wie die angefochtenen Mandate.

#### Der nächste Kongress.

Der Kongress beschließt, daß der nächste Kongress im Jahre 1899 in Deutschland stattfindet. Im Falle die Abhaltung des Kongresses in Deutschland unmöglich sein sollte, wird beschlossen ihn im Jahre 1900 in Paris abzuhalten.

Außerdem liegen 10 andere Vorschläge vor, der wichtigste davon ist der der S. D. F., der auch von den Gewerkschaften, die zum Kongress zugelassen werden wollen, die Zustimmung zum sozialdemokratischen Programm und zur politischen Aktion verlangt. Hiergegen protestirt Namens der Trades-Union Stevenson, der Toleranz verlangt und sich mit dem Vorschlage des Bureau einverstanden erklärt.

Es ist inzwischen eins geworden und der Kongress beschließt die Debatte zu schließen. Die Anarchisten lärmen wieder. Es wird nach Nationalitäten abgestimmt. Für das Amendement der S. D. F. stimmen von der englischen Delegation 109; dagegen 119; auch die übrigen Nationalitäten stimmen mit Ausnahme Australiens, das Aveling vertritt und der allemannischen Gewerkschaftler, dagegen die Vorschläge des Bureau werden hierauf einstimmig angenommen; dagegen nur die Allemannisten. Der Kongress gedenkt noch der Männer die vor 25 Jahren den ersten internationalen Kongress in London abgehalten, spricht seine Sympathie mit allen für ihre Freiheit kämpfenden Völkern aus und wird vom Vorsitzenden, nachdem er im Namen des internationalen Proletariats den Engländern gedankt, mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Hieran schließt sich der Gesang der Marseillaise und der Carmagnole.

### Soziales und Partei-Leben.

Eine Konferenz der weiblichen Delegirten fand während des Kongresses in der Queens Hall statt, an der etwa 30 Frauen aus allen Ländern theilnahmen. Man war einig darüber, daß zur Ausbreitung und Förderung der sozialistischen Frauenbewegung in allen Ländern vor Allem für Organisirung der Arbeiterinnen gesorgt werden müsse, daß diese Organisationen aber nur da groß und

Zehn Minuten später sah sich Hermine im Besprechungszimmer des Hauses mehreren Herren gegenüber. Sie stellten sich als der Staatsanwalt — der Untersuchungsrichter und der Polizeikommissär vor: dieselben waren gestern schon einmal im Stielerschen Hause gewesen, während die Barones in Waldburg gewinkt hatte. Nun kam die Kommission, um Hermine einem Verhör zu unterziehen. Daß man sie während desselben fragte: wie sie den Verwundeten und die ihn umgebenden Männer gefunden, nahm sie nicht Wunder. Präzis und klar beantwortete sie denn auch jede an sie gerichtete Frage. Als aber der Untersuchungsrichter auf die Zusammenkunft zu sprechen kam, die sie gestern Nachmittag mit Herrn von Wandelow auf dem Friedhof gehabt, erröthete sie und senkte die Stirn. Unfähig verwundert aber war sie, als der Kommissär von ihr verlangte, sie solle wiederholen, was der Forstassessor bei dieser Gelegenheit „von seinen Gefühlen für Doktor von Stielers vertrat.“

„Nichts, gar nichts!“ rief Hermine.

Der Beamte wies sie darauf hin, daß ihr Gespräch mit Herrn v. Wandelow belauscht worden sei und man gehört habe, wie derselbe die Worte hervorgestoßen hatte: „Ich wünschte, dem Kerl eine Kugel durch den Kopf schießen zu können.“

Jetzt fuhr die Barones auf.

Ihr eben noch glühendes Gesicht von leichenhafter Blässe überzogen — die Hände abwehrend erhoben, entgegenete sie:

„Mein Gott, diese Aeußerung — welche im Grunde doch nichts weiter war als eine Redensart, wie sie Männer von heftigem Charakter wohl manchmal da und dort gebrauchen — bezog sich doch nicht auf meinen Oheim.“

„Richt?“ fragte der Staatsanwalt, welcher bisher geschwiegen hatte. „Wenn wir Ihnen aber sagen, daß wir auch wissen, wie der Forstassessor in Herrn von Stielers sozusagen den Zerstörer seines Glückes sehen mußte?“

start werden können, wo man unbeschränkte Koalitionsfreiheit habe. Ein Antrag an den Kongress wurde von Wils Hick gestellt für besseren Wächterinnenschutz, da besonders in England keine gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen in dieser Hinsicht bestehen. Der Kongress stimmte demselben zu.

Um eine gemeinsame Verbindung zu haben und auf dem nächsten internationalen Kongress einheitlicher theilnehmen zu können an allen Arbeiten und speziell der Vertreter der Frauen, wurde beschlossen, ein Korrespondenzkomitee einzusetzen, in welchem vertreten ist: Rußland, England, Holland, Frankreich, Deutschland, Belgien, Amerika; aus den nicht vertretenen Ländern wird man noch Frauen zuziehen.

Die Vertreter der Seelente und Hafenarbeiter sind während des Londoner Kongresses zu einer internationalen Konferenz zusammengetreten, um einen Meinungsaustausch und eine Verständigung, betreffend die Verbesserung der Lage dieser Arbeiterkategorien, zu erzielen. Alle anwesenden Vertreter waren darüber einig, daß ein gemeinsames Operiren dieser Branchen in allen in Betracht kommenden Ländern von größtem Nutzen sei und wird nach dieser Richtung hin eine rege Agitation entfaltet werden.

Ein internationaler Kongress der Schuhmacher fand nicht statt, dagegen suchte Genosse Vock mit den Leitern der englischen Gewerkschaft der Schuhmacher anzuknüpfen, was ihm auch gelang. Herr Inskay, der Leiter der englischen Union, und Herr Botien, der Vorsitzende der Londoner Lokalunion, erklärten ihr Einverständnis zu gemeinsamem Zusammenwirken. Auch will die englische Organisation auf dem im nächsten Jahre in Brüssel stattfindenden internationalen Schuhmacherskongress vertreten sein.

### Aus Nah und Fern.

Mürnberg. Folgen einer Jugendehelei. Der 17jährige Schneidergeselle Delatron in Nürnberg hatte mit einem Mädchen ein Liebesverhältniß angeknüpft, das von den Eltern der Angebeteten nicht geduldet wurde. Delatron überredete nun das Mädchen, mit ihm zu sterben, in welchem Plan die verliebte Gans einwilligte. Beide begaben sich hierauf vor zirka einem halben Jahr an den Duzendteich, wo der Ritter ohne Furcht mit einem Revolver erst auf seine Geliebte und dann auf sich Schießversuche machte. Man fand das Pärchen verwundet auf, heilte die Blessuren und stellte den jungen Liebesabenteurer unter der Anklage des Mordversuchs vor das Gericht, welches gegen ihn auf 1 Jahr 9 Monate Gefängniß erkannte.

Bombenattentat in Wien. Am Sonnabend brachte ein unbekannter Mann in die Werkstatt des Schlossermeisters Pasch ein Paket und bemerkte, dasselbe sei aus der Gießerei. Als die Lehrlinge das Paket öffneten explodirte dasselbe mit heftigem Knall. Ein Lehrling wurde schwer verletzt und starb kurz darauf im Krankenhaus; zwei andere wurden leicht verletzt. Es scheint sich um einen Racheakt gegen den Schlossermeister zu handeln. Der Ueberbringer der Bombe sprach deutsch mit tschechischem Accent. Er ist von kleiner Statur, breitschulterig, hat kleinen, blonden Schnurrbart. Bezüglich der Kleidung divergiren die Angaben. Der einen Version zufolge soll sie aus grünem, der anderen zufolge aus grauem Stoff gewesen sein.

Hermine wechselte die Farbe, aber sie bezwang sich und erwiderte:

„Trotzdem wiederhole ich: Die Aeußerung bezog sich nicht auf meinen Oheim.“

„Wem galt die Drohung denn sonst?“ fragte der Untersuchungsrichter, ein eigenthümliches Lächeln auf den Lippen.

Hermine drückte die Rechte auf das Herz. Nur mit Mühe gewann sie es über sich, verhältnismäßig ruhig zu antworten:

„Es handelt sich hier um gar keine Drohung. Herr von Wandelow stieß die Worte aus, als wir — von — von —“

Das junge Mädchen senkte den Blick in dem Gefühl der Empörung, diesen ihr vollständig fremden Männern gegüber von ihren intimsten Angelegenheiten sprechen zu müssen.

Aber der Gedanke: „Nur mit der vollen Wahrheit Conrad nützen zu können“ — ließ sie jede Scheu überwinden, und sie setzte hinzu:

„Als wir von dem Wunsche Herrn Wolkens sprachen, mich als die Braut seines Sohnes zu sehen.“

Der Untersuchungsrichter zuckte darauf ungläubig die Achseln:

„Sie wollen den Forstassessor schützen, meine Gnädige“, sagte er. „Vielleicht unterlassen Sie aber alles Derartige, wenn ich Ihnen zur besseren Orientierung berichte: Herr von Wandelow hat nicht bloß die grabirende Aeußerung gethan, sondern wurde auch zu derselben Zeit im Forst gesehen, in der das Attentat verübt worden ist. Außerdem aber gehört die Spitzkugel, welche Sanitätsrath Wilmen in der Wunde Herrn von Stielers gefunden, zu der Flinte, welche der Forstassessor gestern geführt, und deren Kugellauf heute Morgen, als der Herr Kommissär ihn in der Oberförsterei aufsuchte — frisch abgeschossen war.“

„Weil er für die Frau Oberförsterin einen Rehböck geschossen hat!“ rief Hermine.

(Fortsetzung folgt.)

Libau. Die „Libauer Zeitung“ schätzt den durch den Brand verursachten Schaden auf eine halbe Million Rubel. Bei dem erst am 30. Juli völlig gelöschten Brande waren zwei Dampfspritzen und fünf Handdruckspritzen in Thätigkeit. Fünf Personen, darunter der Polizeichef von Nu-Libau, wurden theils schwer, theils leicht verletzt.

Im Angesicht des „Todes“. Eine Flaschenpost wurde am Strande in der Nähe der russischen Stadt Reval aufgefischt. Der in der Flasche enthaltene Zettel enthält folgende Mittheilung: „Schooner Elmor. West. Notka. Kapl. Schmidt. 27. Mai 1886. Tod vor uns! Grüßt Frau und Kinder. Danzig.“

### Standesamtliche Nachrichten

vom 26. Juli bis 1. August 1896.

#### Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

20. Juli. Kaufmann Friedrich Heinrich Jürgen Pahl. 22. Babewärter Joseph Stephan Vinius. Kaufmann Gerhard Theodor Hagemann. 23. Wädereibeiger Friedrich Heinrich Paul Wegner. 24. Straßenbahnwagenführer Hans Jochim Heinrich Beckmann. Klempnermeister Carl August Born. Restaurateur Johannes Carl Friedrich Eckardt. 25. Arbeitsmann Carl August Ludwig Wahlfeld. Schneider Hermann Carl Friedrich Beyer. Tischler Carl Heinrich Christian Kahl. 26. Schmiedegeselle Carl Friedrich Hermann Kersten (Wilhelmshöhe). 27. Tischlergeselle Johann Joachim Heinrich Meyer. Kaufmann Heinrich Wilhelm Rudolph Kraetz. Lohnbedienter Ernst Eduard Somn. Arbeitsmann Carl Friedrich Joachim Runge. 28. Handelsmann Joachim Heinrich Kaepler. Wädereibeiger August Müller. Schiffskoch Paul Emil Friedrich Diederich Schmidt. 30. Pastor Johannes Hermann Friedrich Evers. Arbeitsmann Friedrich Gotthard Hinrich Hoff. Privatmann Carl Jochim Paul Carstens. 31. Arbeitsmann Carl August Heinrich Eneid. Arbeitsmann Hinrich Johannes Friedrich Meigel. Lithograph Heinrich Friedrich Wilhelm Wenzel.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters

20. Juli. Schmiedemeister Carl Eduard August Gade. 21. Bierführer Johann Friedrich Wilhelm Bilow. Bierführer: Johann Friedrich Wilhelm Voss. Arbeitsmann Johann Heinrich Lühr. Tapezier und Dekorateur Heinrich Wilhelm Christian Richard Gärtner Johann Heinrich Carl Scheel. 23. Schmied Johann Heinrich Ludwig Haack. Handelsmann Johann Ludwig Christian Friedrich David Benedek. 24. Handelsmann Levy Joseph Baer. 25. Schlossergeselle Franz Wilhelm Heinrich Eichenhagen. Maschinist Friedrich Nicolaus Alexander Hamann. Feilenhauer Heinrich Ludwig Albert Klein. Arbeitsmann Wilhelm Karl Theodor Johann Klafen. 26. Arbeitsmann Johann Christian Theodor Busch. Arbeitsmann Wilhelm August Christoph Westphal. Schlachtermeister Friedrich Georg Henning. 28. Werkstattdirektor Johann Christian Heinrich Wähler. Arbeitsmann Heinrich Gustav Rudolf Müll. 29. Wagenknecht Friedrich Heinrich Wiedenheim. 31. Zimmergeselle Friedrich Wilhelm Heinrich Peter Nagel. 1. August Buchhalter Christian Heinrich Conrad Stapelsfeld.

#### Sterbefälle.

26. Juli. Arbeitsmann Johann Gottlob Balthar, 77 J. Walthar Louis Henry Pagemann, 9 M. Caroline Elisabeth Hartkopf, 2 M. 27. Johann Carl Friedrich Kneese, 18 J. 28. Ein Mädchen, 6 J. 3. Schmied Johann Heinrich Ludwig Haack. Martha Anna Caroline Auguste Hamann, 1 J. Catharina Christina Dorothea geb. Nagel, Ehefrau des Arbeitsmannes Johann Friedrich Hermann Steffen, 73 J. Postdirektor a. D. Detlev Christian Friedrich Fock, 71 J. Friedrich August Hermann Witter, 8 M. Ditoni Caroline Elisabeth Wachsmeuth, 9 J. Thierarzt Friedrich Georg Johann Watson, 81 J. Carl August Willy Gotthmann, 10 M. Werner Adolf Ludwig Hartmann, 14 J. 29. Caroline Marie geb. Horn, Ehefrau des Schiffszimmermanns Carl Friedrich Wilhelm Feld, 40 Jahre. Hugo Friedrich Adolph Westphal, 7 Monate (Gothmund). Anna Catharina geb. Runge, Wwe. des Arbeitsmannes Heinrich Friedrich Freiherr, 83 J. Amalie Wilhelmine geb. Harber, Wwe. des Tischlermeisters Johann Heinrich Friedrich Kirpeit, 76 J. Anna Wilhelmine Catharine geb. Bode, Ehefrau des Stadt- und Landamts-Schreibers a. D. Johann Hinrich Christian Vohy, 80 J. Louise Fanny Charlotte geb. Gossmann, Ehefrau des Banfbeamten Anton Conrad Wilhelm Johannes Pauels, 28 J. Ernst Hans Karsten, 2 M. 30. Olga Doris Ida Wanda Mohde, 5 M. Luise Elise Amalie geb. Rausch, Wittve des Kaufmannes Georg Johann Friedrich Ledde, verwitwet gewesene Goldmann, 60 J. Anna Catharina geb. Westphal, Wittve des Arbeitsmannes Diederich Hermann Wang, 89 J. Pfla Luise Auguste Stöbling, 1 J. (Trens). 31. Pastor emer. Friedrich Ludwig Albert Kollmann, 67 J. Ein Knabe, 14 Stunden, W.: Lithograph Heinrich Friedrich Wilhelm Wenzel. Johannes August Korth, 2 M. 1 August Johanna Catharina Elisabeth geb. Ehler, Wwe. des Schiffszimmermannes Johannes Christoph Wilhelm Groß, 67 J.

#### Angeordnete Aufgebote.

27. Juli. Arbeiter Johann Thomas Hinrich Willendorf und Anna Gold. Arbeiter Joachim Friedrich Christian Schrader und Dorothea Maria Elisabeth Harms, beide zu Schönboden. Arbeiter Heinrich Johann Wilhelm Schmidt und Catharina Margaretha Magdalena Hübender. 28. Schmiedegeselle Hermann Richard Nuss und Rosalie Medithis Blocher zu Silsdorf. 29. Arbeiter Heinrich Johann Hartwig Schlichting und Marie Luise Witt. 30. Gastwirt Johann Joachim Heinrich Burmeister und Minna Sophia Hildebrandt zu Feele. Arbeiter Hans Joachim genannt Heinrich Burmeister und Anna Christine Elisabeth geb. Uinter, des Trägers Johann Christian Volrath Wolf Wittve. Maletergeselle Carl Wilhelm Rausch und Sophie Christine Wilhelmine Neese zu Wüsch-Neversdorf. 31. Architekt Emil Johannes Friedrich Karl Küster zu Hannover und Johanna Maria Wilhelmine Kuhl. 1. August. Wffstanzarzt im 3. Magdeburg. Inf.-Reg. Nr. 86, Friedrich Wilhelm Heinrich Thölle zu Rosdorf und Henriette Emilie Theodora Rötting. Sergeant im 2. Hans Inf.-Segt. Nr. 76 Johann Friedrich Bernhard Harms und Johanna Henriette Maria Magdalena Friederike Sommer.

#### Ehegeschließungen.

28. Juli. Dekorationsmaler Eduard August Christian, genannt Edmund Vogel und Catharina Dorothea Friederike Harten, genannt Sophie Schrammeyer. 29. Schlachter Christian Diederich Wilhelm Rod und Marie Louise Friederike Klempner. 31. Müller Johannes Heinrich August Meyer und Meta Christine Johanne Wittholz. 1. August. Schreiber am Hypothekensamt Emil Friedrich Schönning und Auguste Friederike Emma Schödt. Arbeiter Georg Heinrich Wilhelm Warrnd und Jette Galinsla. Handlungsgehilfe Johannes Heinrich Wilhelm Schmahd und Johanna Friederike Catharina Sophie Lorenz. Arbeiter Johannes August Peter Hansen und Magdalena Friederike Henriette Anna Jürgenjen.